

- Höpner, Martin (2015): Der integrationistische Fehlschluss. In: *Leviathan* 43, 1, 29–42
- Hooghe, Liesbeth / Marks, Gary (2009): A postfunctionalist theory of European integration: from permissive consensus to constraining dissensus. In: *British Journal of Political Science* 39(1): 1–23
- Krebs, Oliver / Szukala, Andrea (2013): Schülerinnen als Wahlaufreiferinnen. Forschendes Lernen mit Experimenten zum Verhalten von Wählerinnen, in: *Gesellschaft, Wirtschaft, Politik* 63, 2, 285–297
- Kriesi, Hanspeter / Grande, Edgar et al. (2006): Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared. In: *European Journal of Political Research* 45, 921–956
- Kriesi, Hanspeter (2017): Was die Europäer unter Demokratie verstehen. In: *Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit*. Springer Fachmedien Wiesbaden, 2017. 353–370
- Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Philipp Harfst/Ina Kubbe/Thomas Poguntke (Hg.), *Parties, Governments and Elites*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 9–23
- Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus. Ein Essay. Berlin: Suhrkamp
- Kalina, Andreas (2014): Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland. Konrad Adenauer-Stiftung: Handreichung zur Politischen Bildung, Band 4. Bonn: Konrad Adenauer-Stiftung
- Lipset, Seymour Martin / Rokkan, Stein (Hg.) (1967): *Party systems and voter alignments: Cross-national perspectives*. New York: Free Press
- Politisches Lernen, Themenheft Europa, Jg. 32, 2014, H. 1–2.
- Rauh, Christian / Zürn, Michael (2014): Zur Politisierung der EU in der Krise. In: Martin Heidenreich (Hg.): *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, 121–145
- Römmele, Andrea / von Schneidmesser, Dirk (2016): Election campaigning enters a fourth phase: the mediatized campaign. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 26, 4, 425–442
- Scharpf, Fritz W. (2015): Das Dilemma der supranationalen Demokratie in Europa. In: *Leviathan* 43, 1, 11–28
- Scherr, Albert (2014): Was nützt sozial benachteiligten Jugendlichen politische Bildung? In: *Sozial Extra* 38, 5, 20–21
- Schäfer, Armin (2016): Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Expertise für den 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, online verfügbar unter www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/endbericht-systematisch-verzerrte-entscheidungen.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (mit Lea Elsässer und Armin Schäfer) (Zugriff: 24.5.2017)
- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit – Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt: Campus
- Sears, David O./Valentino, Nicholas A. (1997): Politics Matters: Political Events as Catalysts for Preadult Socialization. In: *American Political Science Review* 91, 45–65
- Szukala, Andrea (2012a): Von der Regierungslehre zur Demokratieforschung: Perspektiven der didaktischen Transformation von neueren Fachkonzepten für die politische Bildung. In: *Politische Bildung* 45, 3, 156 – 167
- Szukala, Andrea (2012b): *Das Implementationssystem europäischer Politik*. Wiesbaden: Springer VS.

Prof. Dr. Andrea Szukala, Universität Münster, ist derzeit als Gastwissenschaftlerin an der *École Pratique des Hautes Études en Sciences Sociales*, Paris, tätig. Sie begleitet u. a. die Online-Angebote der Bundeszentrale für Politische Bildung zur Bundestagswahl 2017.

Simon T. Franzmann

Populismus als Herausforderung für die politische Bildung

Der Aufstieg populistischer Parteien in Europa hat die Frage nach den Herausforderungen für die politische Bildung wieder aufleben lassen. In Deutschland dominierte jahrelang der Fokus auf politischen Extremismus von links und rechts und weniger auf Populismus. In einer Art historisch bedingter Selbstfixierung überwog die Frage, wie antidemokratischen Tendenzen entgegengewirkt werden kann. Die Abwesenheit einer starken rechtspopulistischen Partei in Deutschland mag dieses Phänomen begünstigt haben, obwohl in den Nachbarländern Dänemark, Niederlande, Belgien, Frankreich, Schweiz und Österreich schon seit Jahrzehnten populistische Parteien Wahlerfolge erzielen konnten. Populisten und Extremisten sind aber in keiner Weise gleichzusetzen. Einem Extremisten wird man trotz durchaus oberflächlicher Argumente zugunsten der freiheitlich-demokratischen

Grundordnung nachweisen können, dass er im Grunde auf die Abschaffung der selbigen hinarbeitet. Bei einer Populistin und einem Populisten wird dies nicht gelingen, da sie oder er sich als den Hüter der wahren Demokratie sieht. Dabei kann durchaus neben einer festen Überzeugung schlicht ein Irrtum vorliegen. Oder pointierter formuliert: Ein Teil populistischer Einstellungen in der Bevölkerung lässt sich schlicht auf mangelnde politische Bildung zurückführen.

Nicht Populismus, sondern die Ursachen des Populismus bekämpfen

Populismus an sich ist weder gut noch schlecht. Populismus soll hier als ein Begründungs- und Erklärungszusammenhang von Politik aufgefasst werden, der durch die Hervorhebung des Antagonismus von Volk und Elite gekennzeichnet ist.

Hierbei wird in einer vulgär-rousseauischen Interpretation der einheitliche „gute“ Volkswille dem Handeln der korrupten und moralisch verkommenen Elite gegenübergestellt.¹ Populismus ist von Haus aus weder „links“ noch „rechts“. Die Richtungsbegriffe „links“ und „rechts“ lassen sich in Relation zum Status Quo hin gut definieren: Als „links“ gilt gemeinhin das Streben, den Status Quo hin zu mehr Gleichheit zu verändern, als „rechts“ das Streben, bestehende Ungleichheit zu verteidigen oder gar verstärken zu wollen. Es lässt sich nun genauso gut „linkspopulistisch“ argumentieren, dass die korrupte Elite einen Zustand größerer gesellschaftlicher oder ökonomischer Gleichheit verhindert, wie es sich rechtspopulistisch behaupten lässt, dass ebendiese korrupte Elite eine gesellschaftlich natürliche Ordnung durch ein Zuviel an Zuwanderung oder gesellschaftspolitisch moderne Familienpolitik bedroht. Für eine Lehrerin oder einen Lehrer in der Politischen Bildung stellt sich nun die Herausforderung, dass nicht auszuschließen ist, dass im Kern das eine oder andere Argument inhaltlich nicht vollkommen falsch ist, der Begründungszusammenhang aber letztendlich ein anti-pluralistisches Element ist. Dieses Element des Anti-Pluralismus ist es, das eine besondere Intervention der Politischen Bildung nötig macht. Wenn es nur Gut und Böse, wahr und falsch gibt, dann akzeptiert die Populistin oder der Populist im Kern nicht die Möglichkeit, dass die eigene Meinung falsch sein könnte. Ferner ignoriert sie oder er, wie unterschiedlich Interessen und Meinungen innerhalb der Bevölkerung gelagert sein können, dass eben kein homogener Volkswille vorliegt. Die mangelnde Trennschärfe in der Unterscheidung zwischen dem *Volk* und der *Bevölkerung* markiert sprachlich die Unterscheidung zwischen anti-pluralistischem Populismus und pluralistisch orientiertem demokratischen Diskurs.

In weiten Teilen der Bevölkerung findet die populistische Argumentationsfigur einen Resonanzboden, der einem populären Zerrbild der Demokratie entspringt: Es gäbe so etwas wie den wahren Volkswillen, der in der direkten Volksabstimmung zum Tragen komme. Die wahre Demokratie sei die direkte Demokratie — und die repräsentative Demokratie nicht. Hier liegt offenkundig ein Mangel in Politischer Bildung vor, als dass die grundlegenden Mechanismen der repräsentativen, aber auch der direkten Demokratie nicht bekannt sind. Die Politikwissenschaft ist sich schon seit längerem einig, dass es so etwas wie „die Direkte Demokratie“ nicht gibt. Vielmehr gibt es direktdemokratische Instrumente, die in Verbindung mit repräsentativ-demokratischen Elementen genutzt werden können. Sie können positive wie negative Wirkungen entfalten. Einige Personen mögen den verstärkten Gebrauch von Referenden und Volksbefragungen normativ für wünschenswert halten, andere hingegen nicht. Aufgabe der

1 Dies ist eine sprachlich vereinfachte Wiedergabe der in der europäischen Politikwissenschaft dominierenden Definition von Populismus nach Cas Mudde (2004). *The Populist Zeitgeist. Government and Opposition*, 39 (4), S. 542–563. Sie liegt zum Beispiel auch den Arbeiten von Frank Decker (2006: *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften) und dem derzeit viel beachteten Werk von Jan-Werner Müller (2016: *Was ist Populismus? Ein Essay.* Frankfurt a. M./Berlin: Suhrkamp) zugrunde.

Politischen Bildung kann nicht sein, den Gebrauch solcher Instrumente besonders zu befürworten oder im Gegenteil zu bekämpfen. Aufgabe der Politischen Bildung sollte es aber sein, darauf hinzuweisen, dass direktdemokratische Instrumente den Kompromiss nicht kennen. An der BREXIT-Entscheidung lässt sich dies gut verdeutlichen. Das Vereinigte Königreich Großbritannien war vor der Abstimmung zwar Teil der Europäischen Union, allerdings aufgrund seines ausgehandelten Rabattes, der Nicht-Teilnahme am Wechselkursmechanismus II gegenüber dem EURO und der Nicht-Teilnahme am Schengen-Abkommen längst nicht so stark integriert wie Deutschland oder Frankreich. Salopp formuliert war das Vereinigte Königreich zum Teil in der EU, zum Teil nicht. Wie das Brexit-Votum offenbarte, entsprach dies ungefähr dem, was ein Kompromiss innerhalb der britischen Bevölkerung inhaltlich mitgetragen hat: Die eine Hälfte der Bevölkerung war für die EU-Mitgliedschaft, die andere Hälfte dagegen. Das Referendum hat diese Zwischenposition nicht anerkannt und somit eine Wirkung entfaltet, die selbst die Austrittsbefürworter wohl nicht intendiert haben. Ein weiteres illustratives Beispiel für die negativen Wirkungen einer unbedachten Maximierung direktdemokratischer Instrumente stellt die jüngere Geschichte der deutschen Piratenpartei dar. Mit durchaus innovativen und zu Beginn gut begründeten Ideen zur Verbesserung der Demokratiequalität über technisch neu implementierte Formen der direkten Mitbestimmung griffen die Piraten programmatisch potentielle Schwachpunkte repräsentativdemokratischer Mechanismen an. Die innerparteiliche Maximierung des Einsatzes dieser Instrumente offenbarte jedoch schnell, dass ungeachtet jeder technischen Umsetzung weiterhin Konfliktlösungs- und Kompromissfindungsmechanismen fehlen. Vielleicht offenbarte sich in den letzten Jahren niemals deutlicher und tragischer, welche Konsequenzen mangelnde Politische Bildung haben kann, als an der Geschichte der Piratenpartei. Ein nicht unbeachtlicher Teil junger, engagierter, idealistischer Menschen lief mit seinem Engagement ins Leere, weil er sich schlicht nicht über die Fallstricke der Nutzung direktdemokratischer Instrumente im Klaren war und zudem die positiven Seiten repräsentativdemokratischer Verfahren erst im Eigenversuch erlernen konnte. Für die prominenteren unter den Piratinnen und Piraten blieb und bleibt der Wechsel in andere Parteien eine ehrbare Option, für die zahlreichen stillen Helferinnen und Helfer im Hintergrund nur die Frustration. Individuell ist dies tragisch, kollektiv ist dies ärgerlich, wenn man bedenkt, wie viele Ressourcen hier in ehrbares politisches Engagement fehlinvestiert wurden, die unter Umständen bei besserer politischer Vorbildung zu effektiveren Veränderungen der politischen Agenda des Digitalzeitalters hätten genutzt werden können. Politische Bildung hat nicht nur das Ziel, effektiv am Ende einer langen Prozess- und Erkenntniskette für die Voraussetzungen einer besseren Politik zu sorgen, sondern sie ist auch Garant dafür, dass das politische Potential und Engagement einer Gesellschaft effizient genutzt wird.

Populisten nutzen gerne direktdemokratische Instrumente, aber nicht jeder, der direktdemokratische Instrumente fordert, ist ein Populist. Ebenso ist nicht jede oder jeder, die oder der populistisch argumentiert, eine Anti-Pluralistin oder ein

Anti-Pluralist. Aufgabe politischer Bildung muss es aber sein, auf die möglichen inneren Widersprüche des Populismus aufmerksam zu machen. *Es kann in der Politischen Bildung niemals darum gehen, den Populismus zu bekämpfen, sondern ihr Ziel sollte sein, die Ursachen des Populismus zu ergründen und ein Bewusstsein zu schaffen, welche nicht intendierten Folgen die Etablierung populistischer Begründungsmuster für den politischen Diskurs und am Ende für das gesellschaftliche Zusammenleben haben kann.*

Der innere Widerspruch des Populismus

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Robert A. Dahl² hat historisch drei große Meilensteine für die Entwicklung moderner Demokratien identifiziert: (1) den Einfluss auf Regierungsentscheidungen über die Abgabe einer Stimme, (2) das Recht auf Repräsentation, und (3) das Recht, eine Opposition gegen Regierungsentscheidungen zu organisieren mit dem Ziel, selbst Regierung zu werden. Der Populismus erkennt nun die ersten beiden Meilensteine uneingeschränkt an, den dritten aber nur eingeschränkt. Die Einschränkung besteht darin, dass aufgrund des Anspruchs, das „wahre“ Volk zu vertreten, das Oppositionsrecht anderen Gruppen abgesprochen wird. Solange Populistinnen und Populisten in der Opposition verharren, fällt dieser Widerspruch nicht direkt ins Auge. Offenkundig wird er erst, sobald sie die Regierungsmacht erklimmen. Sobald Populistinnen und Populisten nämlich eine Opposition als rechtmäßig und legitim anerkennen würden, gäben sie zugleich ihren eigenen Wahrheits- und Alleinvertretungsanspruch für das Volk zu reden auf. Einmal an der Regierung, bleiben der Populistin oder dem Populisten nur drei Möglichkeiten: (1) die Unterdrückung der Opposition und ihre Brandmarkung als illegitim; (2) die Übertragung des Freund-Feind-Schemas auf das Ausland, also die Gegnerschaft auf eine externe Elite, seien es die USA, die EU, Deutschland oder eine andere Organisation; (3) die Aufgabe der populistischen Argumentationsfigur und die Akzeptanz der Spielregeln des repräsentativ-demokratischen Systems. Im günstigsten Fall wird letzteres passieren, allerdings sehen wir derzeit in der Welt eher die ersten beiden Möglichkeiten verwirklicht. Man denke hier an die jeweiligen Staatsoberhäupter in Venezuela, der Türkei und in Ungarn.

Eine Möglichkeit für Politische Bildung wäre es, über ein Planspiel Schülerinnen und Schüler diesen inneren Widerspruch des zum Exzess getriebenen Populismus zu verdeutlichen. So könnten Schülerinnen und Schüler in einem ersten Schritt in Teams Oppositionsstrategien entwerfen, von denen mindestens eine populistisch ist. Im zweiten Schritt würden dann jeweils eine oder mehrere der Oppositionsparteien an die Regierung kommen. Im Aushandeln der Koalitionen und in der Regierungsausübung sollten dann die Widersprüche offenkundig werden, dass nämlich bei Beibehaltung einer radikal-populistischen Rhetorik eine Opposition nicht mehr als legitim angesehen werden kann. Sprich: Einmal an der Regierung, kann der Populismus das für sich selbst reklamierte Opferrecht — Opfer von einem Parteienkartell

2 Robert A. Dahl (1966): *Political Oppositions in Western Democracies*. New Haven: Yale University Press

und/oder falscher Medienberichterstattung zu sein — ohne Gewaltausübung nicht mehr aufrechterhalten. Dies ist die anti-pluralistische Konsequenz eines unreflektiert radikal weiterverfolgten Populismus.

Der Konflikt über kosmopolitische Wertehaltungen erreicht Deutschland

Eine solche abstrakte Beschäftigung mit den Mechanismen und nicht intendierten Folgen des Populismus schafft auch eine wohlthuende Distanz zu den aktuellen Parteaueinandersetzungen. Im Schulunterricht ergibt sich vor Landtags- und Bundestagswahlen für Lehrerinnen und Lehrer das Erfordernis, möglichst ausgewogen über die verschiedenen Programme der Parteien zu diskutieren. War es in den vergangenen Jahren eher die LINKE, die zum Teil populistische Positionen bezog, so ist es heute insbesondere die AfD. Ein relativ großes Instrumentarium steht Lehrerinnen und Lehrern im Umgang mit extremistischen Parteien wie der NPD bereit. Aber für den Populismus, der im Kern einen demokratischen, aber bewusst oder unbewusst anti-pluralistischen Kern in sich trägt, nicht. Hier hilft es sich zu vergegenwärtigen, wie sich die politische und gesellschaftliche Landschaft Europas in den letzten 30 Jahren verändert hat.

Die Transformation der westeuropäischen Parteiensysteme geht einher mit der Entstehung einer neuen Konfliktlinie über kosmopolitische Wertehaltungen. Sie ist einerseits Ausdruck einer „stillen Konterrevolution“ gegen die „stille, postmaterialistische“ Revolution, deren Versinnbildlichung seit den 1960er Jahren die „68er“ und seit den 1980er Jahren als Partei die Grünen waren; andererseits ist sie Ausdruck der ökonomischen Globalisierung, also eine Reaktion auf die Entgrenzung der Güterströme und Aufweichung der nationalen Rahmen einzelner Volkswirtschaften und wohlfahrtsstaatlicher Systeme. In der Auseinandersetzung über die Europäische Integration kommen beide Dimensionen zusammen: die kosmopolitische, weltoffene und gesellschaftspolitisch moderne Wertehaltung in Verbindung mit offenen Grenzen und freien Güterströmen über Landesgrenzen hinweg — oder eben die Gegnerschaft hierzu.³ Entsprechend bedienen rechtspopulistische Parteien in Europa euroskeptische Ressentiments, und umgekehrt geht es euroskeptischen Parteien so, dass sie schnell von Personen mit rechtspopulistischen Grundüberzeugungen mehrheitlich übernommen werden, so wie es der britischen UKIP und der deutschen AfD passiert ist.⁴

Den kosmopolitischen Gegenpol bilden dabei in Parteifarben nicht unbedingt grüne Kandidaten, wie es in Österreich bei der Präsidentschaftswahl der Fall war. Dies kann ebenso

3 Simon Bornschie (2010): *The New Cultural Divide and the Two-Dimensional Political Space in Western Europe*. *West European Politics*, 33 (3), S. 419–444

4 Simon T. Franzmann (2016): *Von AfD zu ALFA: Die Entwicklung zur Spaltung*. Mitteilung des Institutes für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung 22, S. 23–37; Simon T. Franzmann (2017 im Erscheinen): *Von der Euro-Opposition zur Kosmopolitismus-Opposition*. Der Fall der deutschen AfD. In: Lisa Anders, Henrik Scheller und Thomas Tuntschew (Hg.), *Parteien und die Politisierung der Europäischen Union*. Wiesbaden: Springer VS

eine sozial-liberale Partei oder ein Präsidentschaftskandidat sein, wie in Frankreich Emmanuel Macron und in gewisser Hinsicht in Deutschland sowohl Martin Schulz als auch in der christlich-demokratisch liberalen Variante Angela Merkel. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die mit Entgrenzung, ökonomischer Globalisierung und zusätzlicher Digitalisierung der Arbeitswelt die klassischen programmatischen Erzählungen der etablierten Parteifamilien zunehmend unstimmliger werden. Für sozialdemokratische Parteien quer durch Europa ist dieses Dilemma besonders deutlich, da ihr programmatisches Selbstverständnis historisch dem Industriezeitalter entsprungen ist und sich nicht widerspruchsfrei die Ansprüche der alten Arbeiterpartei an eine Partei des digitalisierten Dienstleistungszeitalters übersetzen lässt. Christdemokratische Parteien stehen vor dem Dilemma, ihre althergebrachten Werteüberzeugungen in der Familien- und Frauenpolitik aufrechterhalten zu können, während ökonomisch-liberale Parteien seit den 1990er Jahren ihr gesellschaftspolitisches Fundament zum Teil verloren haben. Sprich: Nicht nur populistische Parteien, seien sie von rechts oder links, weisen inhärente Widersprüche auf, die Programmatik der übrigen Parteien ebenfalls. Aufgrund der inneren programmatischen Widersprüche der etablierten pluralistischen Parteien werden künftig auch die Schülerinnen und Schüler, die intellektuell diese Widersprüche durchschauen und zugleich sich über gesellschaftliche Ungerechtigkeiten empören, populistische Begründungszusammenhänge als nicht weniger widersprüchlich, aber auch nicht unbedingt mehr widersprüchlich wahrnehmen.

Auch dies unterscheidet den Umgang im Unterricht mit Populismus mit dem von Extremismus: Das intellektuelle Auseinandersetzungsniveau und die Schwierigkeit, die nicht intendierten Folgen populistischer Begründungszusammenhänge herauszuarbeiten, sind deutlich höher als die Verdeutlichung möglicher negativer Konsequenzen extremistischer Einstellungen. Entsprechend sollte es eine Strategie für politisches Lernen sein, den Nutzen des Kompromisses in der Politik und die Funktion der repräsentativen Demokratie unabhängig von tagesaktuellen Wahlkämpfen und parteilichen Auseinandersetzungen zu vermitteln. Erleichtern würde dies, wenn die traditionell pluralistischen Parteien sich eindeutig innerhalb des neuen Konfliktliniengefüges positionieren und programmatisch unterscheidbar sind. Denn dies ist auch eine Ursache für den Erfolg populistischer Parteien in Europa, dass nämlich die programmatischen Unterschiede zwischen den übrigen Parteien für die Bevölkerung kaum noch erkennbar sind. An diesem Dilemma kann auch kein noch so guter und durchdachter Unterricht etwas ändern, solange sich die politische Parteienlandschaft nicht selbst anders darstellt.

Dr. Simon T. Franzmann ist Politikwissenschaftler am Sozialwissenschaftlichen Institut der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf. Zu seinen Forschungsgebieten gehören Analysen des Parteienwettbewerbs, Populismus sowie des Einflusses der Opposition in etablierten Demokratien. E-Mail: simon.franzmann@hhu.de

Michael Görtler

Rechtspopulismus, Migration und politische Bildung – bildungspraktische Überlegungen

Hinführung

Die sog. ‚Flüchtlingskrise‘ stellt Gesamteuropa – insbesondere die Europäische Union als selbsternannten Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – vor eine Zerreißprobe. Ein Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Diskurse, aber auch die Reformen im Bereich der Asylpolitik (z. B. die Beschleunigung des Asylverfahrens in der Bundesrepublik Deutschland, der ungarische Grenzzaun oder der Brexit) macht unmittelbar deutlich, dass die Lage nicht nur weiterhin angespannt ist, sondern sich sogar noch verschärft hat. Das zeigt sich auch im Aufkeimen des *Rechtspopulismus* in vielen europäischen Ländern, in dessen Fahrwasser nicht zuletzt auch die Abschiebung von Asylsuchenden und Geflüchteten sowie der Stopp der Zuwanderung propagiert werden. In Deutschland, einem der Hauptaufnahmeländer für Asylsuchende und Geflüchtete, hat sich eine tiefe Kluft

zwischen Befürwortern und Gegnern einer restriktiven Asylpolitik aufgetan. Auf der einen Seite ist in der Bevölkerung eine wachsende Akzeptanz fremdenfeindlicher Rhetorik sowie eine zunehmende Gewalt gegenüber Sachen (z. B. Unterkünfte) und Personen (sog. Hasstaten) zu beobachten, auf der anderen Seite setzen etablierte Parteien immer häufiger Themen auf ihre Agenda, die noch vor einigen Jahren als (zu) nationalkonservativ oder rechtsorientiert galten, um Wählerinnen und Wähler zu halten bzw. neue zu gewinnen.

Die beschriebenen Entwicklungen sind besorgniserregend und geben Anlass dazu, über die Rolle der politischen Bildung in der Migrationsgesellschaft unter besonderer Berücksichtigung des Rechtspopulismus nachzudenken. Dafür wird in einem ersten Schritt der Begriff des Rechtspopulismus geklärt, bevor in einem zweiten Schritt bildungspraktische Überlegungen angestellt werden.